P r e s s e m i t t e i l u n g

**DKG zum heute verabschiedeten Heizungsgesetz**

**Heizwende in den Kliniken ist überfällig**

Berlin, 8. September 2023 – Anlässlich der Verabschiedung des Heizungsgesetzes im Bundestag fordert die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) die Politik auf, auch die Krankenhäuser endlich in die Lage zu versetzen, ihre Gebäude mit moderner Heiztechnik auszustatten. Dazu erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß:

„Das Gesundheitswesen ist für rund fünf Prozent aller CO2-Emissionen in Deutschland verantwortlich. Auf die Krankenhäuser entfällt der größte Anteil. Die Heizwende auch im Krankenhaus ist deshalb eines der wichtigsten Elemente klimagerechter Politik. Es ist daher sinnvoll, an dieser Stelle anzusetzen und den Anteil fossiler Brennstoffe drastisch zurückzudrängen. Leider sind gerade Krankenhäuser sehr stark von veralteter Heiztechnik betroffen. Hier leisten vielerorts sogar noch alte Ölheizkessel ihren Dienst. Nach einer Studie des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) sind die in den Kliniken im Einsatz befindlichen Öl- und Gaskessel durchschnittlich älter als 20 Jahre. Deren Energieeffizienz ist katastrophal. Die Kliniken verbrauchen pro Bett und Jahr 25.000 KWh Energie für die Wärmeerzeugung. Das ist mehr als eine vierköpfige Familie in einem Einfamilienhaus benötigt. Da Krankenhäuser sehr energie- und heizintensiv sind, hat dies natürlich Folgen für den Klimaschutz.

Erst im Juni antworteten 87 Prozent der Krankenhäuser in einer Blitzumfrage des DKI, dass fehlende Investitionsfinanzierung die Hauptursache für ausbleibende klimagerechte Modernisierung ist. Das ist kein Wunder, schließlich erfüllen die Bundesländer schon seit Jahrzehnten nicht mehr ihre Pflicht zur Finanzierung der Klinik-Investitionen, so dass wir eine Investitionslücke von mehr als drei Milliarden Euro jährlich registrieren. Die völlig veraltete Technik der Wärmeerzeugung in Krankenhäusern ist eine Folge davon.

Die Krankenhäuser wollen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Damit sie das können, ist mindestens jede gesetzlich vorgeschriebene klimaschutzfördernde Investition vollumfänglich zu finanzieren. Über die Förderprogramme hinaus stehen die Länder in der Pflicht. Zusätzlich ist die Bundesregierung gefragt: Sie muss die akute wirtschaftliche Notlage mit einem Inflationsausgleich lindern, und sie muss – gemeinsam mit den Ländern – ein Investitionsprogramm für die klimagerechte Modernisierung der Krankenhäuser auflegen. Denn Klimaschutz endet nicht bei den Heizungsanlagen, und Krankenhäuser wollen zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen.“

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.